Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Achtundachtzigster Jahrgang.

Nr. 809.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 17. November.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1881.

Amtliches.

Berlin, 16. November. Der Kaiser hat den Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspektor Emmerich zu Elberfeld zum kaiserlichen Regierungsrath und ständigen Hülfsarbeiter beim Reichs-Eisenbahnamt ernannt.

Der Notar Hammann zu Bischweiler ist in seiner Amtseigenschaft als Notar für den Landgerichtsbezirk Straßburg nach Schiltigheim versetzt, und der ehemalige Notar Kappler zu Selz zum Notar im Landgerichtsbezirk Straßburg mit Anweisung seines Wohnsitzes in Bischweiler ernannt.

Der König hat dem Banquier und Stadtrath Steckner zu Halle a. S. den Charakter als Kommerzienrath verliehen.

Der bisherige Stabs- und Bataillonsarzt Dr. med. Hahn ist zum Kreisphysikus des Kreises Münsterberg ernannt worden. An der Waisen- und Schulanstalt in Bunzlau ist der Seminar-Abiturient Stenzel daselbst als Hülfslehrer angestellt worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 17. November.

Der Kronprinz hatte vorgestern Nachmittag von vier Uhr an eine ungewöhnlich lange Unterredung mit dem Reichskanzler. Diese Unterredung, zu welcher die Initiative von dem Kronprinzen ausging, fand in dem Reichskanzlerpalais statt. Wir haben Ursache zu der Annahme, sagt die „N. Z.", daß diese Unterredung die gesammte Lage und die Richtung betraf, welche unser inneres Staatsleben demnächst zu nehmen hat. Die hochpolitische Bedeutung dieses Vorganges bedarf keiner weiteren Erläuterung. Sollte es, was wir als wahrscheinlich betrachten dürfen, zu einer Verständigung gekommen sein, so würde die demnächst bevorstehende Entwickelung unserer inneren Politik ein wesentlich anderes Gesicht zeigen, als die hochfliegenden konservativ-klerikalen Hoffnungen der jüngsten Zeit annahmen. Von dem Reichskanzler begab sich der Kronprinz in das Palais des Kaisers, mit dem er sodann eine längere Unterredung hatte.

Aus der „Nordd. Allg. Ztg." erfahren wir heute, daß im Reichstage allerdings eine Majorität besteht und zwar eine katholisch-liberale! Angesichts dieser Situation sei es der „berechtigte Wunsch" des Reichskanzlers, die Verantwortung für eine von unerwünschten Krisen möglicherweise nicht frei zu haltende Minoritätsregierung nicht zu übernehmen, wenn die Gesammtheit oder eine Fraktion der Majorität bereit ist, ihrerseits das Staatsschiff in sicheren Bahnen weiter zu führen. Die Verantwortlichkeit für die möglicherweise nicht fern zu haltenden Krisen soll durch dieses Zwischenspiel auf die „katholisch-liberale Majorität" abgeladen werden, deren Opposition sich, wie die „Nordd. Allg. Ztg." sagt, wesentlich im Kampf gegen die Person des Reichskanzlers konzentrirt. Dieser Signalschuß scheint die Richtung anzudeuten, in welcher das schwere Geschütz der heutigen Thronrede spielen wird.

Die „Nat.-Ztg." knüpft an die Stichwahlen und die dabei hervorgetretenen bedenklichen Erscheinungen folgenden Reformvorschlag:

„Wir halten eine Aenderung des Wahlverfahrens für möglich, welche die Mißstände der jetzigen Einrichtung für viele, wenngleich nicht für alle Fälle ausschließen würde. Sie hätte darin zu bestehen, daß nach wie vor die erste Wahl nur endgiltig wäre, sofern ein Kandidat die absolute Majorität erreicht hat, daß aber, falls dies nicht geschehen, an die Stelle der jetzigen Stichwahl ein zweiter Wahlgang treten würde, in welchem relative Majorität entschiede, ohne daß die Wähler in demselben an die Kandidaten des ersten Wahlganges gebunden wären. Unser Vorschlag würde die Schäden der jetzigen Stichwahl-Einrichtung nicht vollständig beseitigen können. Es bliebe möglich, daß die Parteien, deren Kandidaten bei der ersten Wahl an der zweiten und dritten Stelle standen, sich aus ebenso bedenklichen Gründen, wie bisher, gegen denjenigen Kandidaten vereinigten, welcher zuerst die meisten Stimmen erhalten hätte. Allein in zahlreichen Fällen, in denen dies jetzt unter dem Zwange der Vorschrift geschieht, daß in der Stichwahl nur für zwei bestimmte Kandidaten votirt werden darf, würde es künftig nicht geschehen. Der bedeutsame Unterschied gegen die jetzige Einrichtung wäre, daß jede Partei im zweiten Wahlgange nochmals selbständig ihr Glück versuchen könnte. Dies würde wahrscheinlich nur dann unterbleiben, bedenkliche Kompromisse würden nur dann stattfinden, wenn das Stimmenverhältniß des ersten Wahlganges für den zweiten von Anfang an nur einer einzigen Partei die Hoffnung ließe, allein, ohne Kompromiß, die relative Majorität zu erreichen, also wenn diese Partei bei sehr starker Wahlbetheiligung die Gegner weit hinter sich gelassen hätte; wo dagegen die Betheiligung im ersten Wahlgange nicht sehr groß war, so daß jede Partei für den zweiten auf Verstärkung hoffen könnte, oder wo der Unterschied in der für die verschiedenen Kandidaten zuerst abgegebenen Stimmenzahl kein sehr bedeutender war, würde jede Partei den Kampf für sich allein von Neuem aufnehmen. vielleicht unter Aufstellung eines neuen Kandidaten. Diese Möglichkeit, im zweiten Wahlgange es mit anderen Kandidaten zu versuchen, als im ersten, würde ein besonderer Vorzug unseres Vorschlags vor der jetzigen Einrichtung sein, den Abschluß natürlicher und berechtigter Kompromisse fördern. Parteien, welche einander nahe stehen, vereinigen sich jetzt bei der Stichwahl oft gerade darum nicht, weil die eine sich nicht überwinden kann für den im ersten Wahlgange heftig bekämpften, vielleicht seinerseits verletzend aufgetretenen Kandidaten der anderen zu votiren; über einen dritten Kandidaten würde man sich aber im zweiten Wahlgange häufig verständigen. Allerdings würde nach diesem System eine Anzahl Wahlen nur durch relative, nicht durch absolute Mehrheit entschieden werden. Aber der Unterschied gegen den jetzigen Zustand wäre nur ein äußerlicher, scheinbarer: die absoluten Majoritäten der Stichwahlen besagen in vielen Fällen nur, daß die dazu vereinigten Parteien eine gewisse Vertretung des Kreises nicht wollen; eine solche absolute Majorität besteht nur allzu oft aus Minderheiten, die lediglich in dieser Negation einig sind, während jede von ihnen schwächer ist, als eine in der Stichwahl unterlegene, wirklich aus Gesinnungsgenossen bestehende relative Majorität aller Abstimmenden. Der Zweck des Wahlverfahrens kann nicht die äußerliche Erfüllung einer formalen Regel sein; worauf es ankommt, das ist der möglichst treue Ausdruck der Ansicht des Wahlkreises; und dazu würde die von uns vorgeschlagene Einrichtung besser beitragen, als Stichwahlen es vermögen."

Der Staatsminister Dr. Delbrück hat eine Schrift staatsrechtlichen Inhalts vollendet, deren Erscheinen in Kürze bevorsteht. Sie hat den Artikel 40 der Reichsverfassung zum Gegenstande, welcher lautet:

„Die Bestimmungen in dem Zollvereinigungs-Vertrage vom 8. Juli 1867 bleiben in Kraft, soweit sie nicht durch die Vorschriften dieser Verfassung abgeändert sind und so lange sie nicht auf dem im Artikel 7, beziehungsweise 78, bezeichneten Wege abgeändert werden."

Die beiden allegirten Paragraphen betreffen die Befugnisse des Bundesraths und die Bedingungen für Abänderungen der Verfassung. Wie erinnerlich, tauchte im Laufe des Sommers in der offiziösen Presse plötzlich die Entdeckung auf, daß wir uns noch heute mitten im Zollverein befinden, und daß schon deshalb von einem Bruch mit den Traditionen desselben nicht geredet werden könne. Daß es nicht gelang, mit diesem Kniff zehn Jahre deutscher Geschichte verschwinden zu lassen, lehrte bereits die Diskussion, die sich in der Presse an jene groteske Behauptung knüpfte. Herr Dr. Delbrück hat sich nun veranlaßt gesehen, die Materie vom Standpunkt des praktischen Staatsmannes zu genauerer Untersuchung zu ziehen; es läßt sich daher in der angekündigten Schrift eine ebenso instruktive, wie politisch zeitgemäße Bereicherung unserer staatsrechtlichen Literatur erwarten.

In der münchener Abgeordnetenkammer hat die gesammte Rechte den Antrag auf Aufhebung der obligatorischen Zivilehe angenommen. Man kann nicht eindringlich genug auf die Extravaganzen einer konservativ-klerikalen Majorität hinweisen in einem Augenblick, wo dieselbe Kombination die Führung im Reichstag übernehmen soll. Ginge es nach dem Willen der münchener Kammermajorität, so machte die nationalgesinnte und liberale Regierung in Baiern einem klerikalen Ministerium Platz. Wer mag den Zusammenhang dieser Vorgänge mit der Politik im Reich verkennen!

Der Jahresbericht der Handelskammer zu Leipzig, dessen Fertigstellung sich durch die auch von manchen anderen Handelsvorständen beklagten Schwierigkeiten bei Beschaffung des Materials leider verzögert hat, liegt jetzt in seinem gutachtlichen Theile vor. Aus dem reichen Inhalte desselben verdienen die Auslassungen über die neue Zollpolitik hervorgehoben zu werden. „Wir haben", heißt es hierüber in der Einleitung „bereits früher der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß es bei der Richtung der neuen Zoll- und Handelspolitik schwerlich gelingen werde, Handelsverträge zu schließen, wie sie in jenem Schreiben als eigentliches Ziel hingestellt waren. Die Erfahrung hat uns darin nur zu sehr Recht gegeben. Jetzt ist es sogar soweit gekommen, daß in Kreisen, welche der Regierung nahe zu stehen vorgeben, das Nichtzustandekommen solcher Verträge und ebenso das Hervortreten irgend einer schutzzöllnerischen Regung in anderen Staaten, namentlich in dem bisher so ausgeprägt freihändlerischen England, mit unverhohlener Freude begrüßt wird, während wir doch im Interesse unserer auf die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse angewiesenen Industrie dringend wünschen müssen, daß das Beispiel, welches wir mit der Erhöhung unserer Eingangszölle gegeben haben, nicht noch weitere Nachahmung finde. Abgesehen von Handelsverträgen, deren Abschluß freilich wohl zweckmäßiger vor dem Inkrafttreten des neuen Tarifs hätte erfolgen sollen, wünschten wir an dem letzteren, so wenig wir an sich mit ihm einverstanden sein konnten, vorläufig nicht zu rütteln, um der Industrie wenigstens einmal die ihr so nöthige ruhige Entwickelung zu gönnen. Trotzdem sind bereits jetzt Aenderungen des Tarifs in der Richtung auf höheren Zollschutz vorgenommen worden, die sich nicht durchgängig — wie dies anderseits mit der Wiederaufhebung des Flachszolles der Fall war — als bloße Verbesserung begangener Versehen bezeichnen ließen. Und Wünsche nach immer weiteren Schutzzöllen stehen bereits wartend im Hintergrunde; es wäre auch zu verwundern, wenn das Verlangen nach den Vortheilen, welche durch die neue Handelspolitik Einzelnen mühelos zutheil werden, nicht ansteckend wirken sollte. Wann die Erkenntniß, daß das Alles nur zum Schaden der Gesammtheit geschieht, wiederkehren wird, müssen wir abwarten." Ueber die Wirkungen der neuen Zölle auf die sächsische Textilindustrie bemerkt der Bericht, nachdem er die Einführung der erhöhten Zölle auf Rohstoffe und Halb-Fabrikate beklagt, noch speziell: „Die Einfuhr besteht aber, beim Wollen- wie beim Baumwollengarn, vorzugsweise aus Nummern und Sorten, welche die deutschen Spinnereien auch nach der Zollerhöhung nicht oder doch nicht in gleicher Güte spinnen, namentlich spielen die zweidräthigen Garne eine bedeutende Rolle; und die Annahme, daß das Ausland den Zoll bezahlen werde, hat sich als eine irrige erwiesen. Unsere Strumpfwaaren-Industrie z. B., welche rund 72,000 Doppelztr. ihrer Erzeugnisse in's Ausland geführt hat, gegenüber einer fast verschwindenden Einfuhr, ist, da sie großentheils ausländische Garne verbraucht, genöthigt gewesen, einen großen Theil jener Summe zu tragen, und selbstverständlich ist ihr die Konkurrenz auf dem Weltmarkte dadurch um so viel erschwert worden — abgesehen von der Erhöhung der heimischen Garnpreise. Aehnlich steht es bei der Webwaaren-Industrie von Glauchau und Meerane, welche ihre Petitionen — das möchten wir nicht in Vergessenheit gerathen lassen — ursprünglich nicht auf Erhöhung der Gewebezölle, sondern auf Wiederherabsetzung der ihr verderblichen hohen Garnzölle bezw. auf Rückvergütung derselben bei der Ausfuhr ihrer Fabrikate gerichtet hatte. Derartige Gesuche um Rückvergütung der auf Rohstoffe und Halbfabrikate gelegten Zölle tauchen in immer größerer Zahl auf. In der Mehrzahl unerfüllbar, zeigen sie doch recht handgreiflich, daß man nicht wohl gethan hat, den bewährten Grundsatz des Zollvereins: Freilassung oder doch sehr niedrige Besteuerung der Rohstoffe und Halbfabrikate — zu verlassen. Unter der Herrschaft dieses Grundsatzes hatte die deutsche Baumwollen-Industrie, die Spinnerei einbegriffen, einen bedeutenden Aufschwung genommen. Ob das neue System s. Z. einen gleich günstigen Erfolg aufzuweisen haben wird, scheint uns sehr zweifelhaft. Schließlich bemerken wir noch daß von einer durch die Erhöhung der Schutzzölle hervorgerufenen Aufbesserung der Löhne, wie sie bei Empfehlung des neuen Tarifs in Aussicht gestellt wurde, auch in unserem Bezirke nichts zu spüren gewesen ist, während die Vertheuerung des Brotes die Arbeiter unstreitig am härtesten drückt."

In Oesterreich ist von den verschiedenen Kandidaten für das Portefeuille des Aeußern gegenwärtig nur noch vom Grafen Kalnoky ernstlich die Rede. Man sagt in offiziellen Kreisen, schreibt die „National-Ztg.", daß in der nächsten Zukunft die volkswirthschaftlichen Fragen des Berliner Vertrages im Vordergrunde unserer Orientpolitik stehen werden, und daß man zur Lösung dieser Fragen einen Fachmann benöthigt; Kallay — sagt man — ist noch nicht reif zur Bekleidung des ersten Postens in der Monarchie, folglich ist die Berufung Kalnoky's umsomehr angezeigt, da seine Ernennung in Ungarn auf keinen Widerstand stoßen würde, und ihn auch die Mehrheit des Reichsrathes unterstützen dürfte. Er war zwar niemals Mitglied des Parlaments und befürchtet, daß er sich in den parlamentarischen Verhältnissen nicht zurecht finden könnte. Diese Besorgnisse Kalnoky's zu zerstreuen, ist jedoch nicht unmöglich, besonders unter Hinweis auf das Beispiel des Baron Haymerle, der sich bei der Uebernahme seines Portefeuilles in derselben Lage befand und in kurzer Zeit ein ebenso gut geschulter Parlamentarier geworden ist, wie sein Vorgänger. Besonders wenn Kallay in seiner gegenwärtigen Stellung als Sektionschef verbleibt, wird Kalnoky in der ungarischen Delegation ein leichtes Spiel haben, ebenso wie Baron Haymerle. Wenn andererseits behauptet wird, daß Graf Chotek, Gesandter in Brüssel, deshalb nach Wien berufen wurde, weil auch er als Kandidat für den gedachten Posten genannt wird, so ist diese Nachricht unrichtig; Graf Chotek ist an die Stelle Kalnoky's zum Botschafter in St. Petersburg designirt, und er dürfte dort in Folge seiner bekannten feudal-slawischen Gesinnung eine freundliche Aufnahme finden.

Die in Folge einer Einladung der Einberufer des deutsch-österreichischen Parteitages am 13. d. stattgehabte Versammlung von Vertrauensmännern der deutsch-liberalen Partei hat mit Rücksicht auf die am 14. d. stattgefundene Wiederaufnahme der Reichsrathsverhandlungen eine Resolution gefaßt, in der es unter Bezugnahme auf die von dem vorjährigen deutsch-österreichischen Parteitag ergangene Aufforderung, zum Schlusse wörtlich heißt:

Dieser Aufforderung und dem Auftrage der Hauptversammlung folgend: „das Interesse der Partei im Sinne der beschlossenen Resolution zu wahren", richten die Einberufer des vierten deutsch-österreichischen Parteitages im Einvernehmen mit den von ihnen beigezogenen Parteigenossen an alle freisinnigen deutsch-österreichischen Reichsraths-Abgeordneten das dringende Ersuchen zum gemeinsamen Schutze des Deutschthums und des österreichischen Staatsgedankens, zunächst zur gesetzmäßigen Bekämpfung der gegenwärtigen Regierungspolitik in einem einzigen parlamentarischen Partei-Klub sich zu vereinigen.

Die bisher gepflogenen Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Regierungen, betreffend die Revision des allgemeinen Zolltarifs, sind nunmehr im Prinzipe als vollständig beendigt zu betrachten, nachdem bezüglich der bisher noch vorhanden gewesenen Differenzen eine Verständigung erfolgte. Die österreichisch-ungarische Handels- und Zollkonferenz wird nunmehr mit Beiziehung der Zollamts-Direktoren von Wien und Pest behufs Feststellung zolltechnischer Details ihre Berathungen fortsetzen.

Ueber das neue französische Kabinet zirkuliren in republikanischen Kreisen die bespöttelndsten Namen, wie „das kleine Ministerium", das „Kabinet zweiter Größen", das „Ministerium des Gambetta'schen Kommis". Henri Rochefort betitelt es in seinem Leitartikel einfach „die Fehlgeburt". Der „Figaro" spricht von der „Diktatur". Selbst das ruhige und gediegene Blatt „le Parlement", welches sonst sehr günstig für Gambetta gestimmt ist, zeigt sich höchst unzufrieden, namentlich auch deshalb, weil nur ein Senator (Cazot) eingetreten ist. Das Kabinet sei ohne Prestige. Sehr stark kommentirt wird auch der Umstand, daß die Börse angesichts des neuen Kabinets eine Baisse veranstaltete. Die Börse hatte bestimmt auf den Eintritt Léon Says gerechnet, und der Eintritt Allain Targés bringt den Rückkauf der Eisenbahnen aufs Tapet, daher auch die Baisse der französischen Bahnen. Uebrigens wird versichert, auch Allain Targé sei sehr für die Konversion der Rente. In Universitätskreisen wird wegen des Eintritts von Paul Bert in das Kabinet eine Reihe Demissionen solcher Direktoren und Professoren erwartet, welche Bert als Materialisten bekämpfen und seine Anschauungen verwerfen.

In Paris hat die äußerste Linke beschlossen, sogleich nach dem Zustandekommen des neuen Kabinets in der Kammer den Antrag einzubringen, es sollten die beiden Häuser

des Parlaments behufs Revision der Verfassung zu einem Kongresse auf den 25. Januar einberufen werden. Man bemerke das auffallend späte Datum, welches vierzehn Tage nach der partiellen Erneuerung des Senats fällt. Beinahe möchte man glauben, daß es der äußersten Linken selbst mit ihrem Antrage nicht allzu ernst ist. Uebrigens legt man auch Herrn Gambetta die Absicht unter, die Kammer zu überreden, daß sie sich, nachdem das neue Ministerium ihr sein Programm vorgelegt und ihre Zustimmung zu demselben eingeholt, auf das neue Jahr vertage.

Herr Challemel-Lacour, der von Gambetta so eifrig protegirte ehemalige Professor und jetzige Botschafter in London ist auf seinen Posten zurückgekehrt. Er hat also auch keinen Antheil an der neuen Regierung. Wie man hört, sind es finanzielle Gründe, die den Herrn veranlassen, dem Botschafterposten den Vorzug zu geben. Herr Challemel lebt sehr zurückgezogen in London.

Am 13. d. fand im Saale Combes in Paris-Mont-Rouge, wo viele Amnestirte wohnen, wieder eine Versammlung über die tunesisch-algerische Frage statt. Es wurden recht milde Reden gehalten, deren Inhalt, wie folgt, sich zusammenfassen läßt:

Der erste Redner, Allemane, erklärte der Bourgeoisie, die das Volk bestehle, den Krieg: diese Bourgeoisie sei verfault und ihr Oberhaupt sei „der zur Galeere reife Bandit" Gambetta. Clémenceau und die übrigen radikalen Deputirten wurden vom Redner ebenfalls abgethan, weil sie es nicht gewagt, die Minister und Gambetta in Anklagestand zu versetzen; alle Deputirten seien „Lakaien" und das Palais Bourbon sei „der Tempel der ewigen Anbetung für Schufte und Lumpen". Nach dieser Rede zog eine sozialistische Abordnung des Departements der oberen Vienne mit einer rothen Fahne ein und wurde mit Begeisterung begrüßt. Die Polizei, die ziemlich zahlreich vertreten war, ließ Alles ruhig geschehen. Nachdem Labusquière, ein bekannter Kommunist, über die tunesische Angelegenheit gesprochen und sich noch mehrere Redner in den heftigsten Ausfällen ergangen, wurde ein Beschluß angenommen, der erklärt, daß „die Minister und Gambetta Verräther seien und daß es nichts helfe, die radikalen Deputirten zum Handeln aufzufordern, da sie alle Nichtsnutze und Ausbeuter seien."

Die Regierung läßt die Kommunarden ruhig gewähren, aber sie ist von Allem unterrichtet, da sie, wie unter dem Kaiserreich, eine größere Anzahl der kommunistischen Schreier bezahlt und von diesen gut bedient wird.

Der Deputirte Le Faure, Mitarbeiter am „Télégraphe", ist gefährlich erkrankt. Man glaubt nicht, daß er aufkommen wird.

In Italien beginnt die Haltung der konservativen sowohl, wie der radikalen Opposition Besorgnisse zu erregen. Der „Diritto" äußert sich darüber in folgender Weise:

„Es ist evident, daß die Haltung der systematischen Opposition der Rechten und einer unverbesserlichen Fraktion der Linken gegenwärtig ganz darnach angethan ist, unsere Besorgnisse nicht zu schmälern, sondern zu verstärken. Wie ist es möglich, daß man uns im Auslande ernst nehme und auf uns Vertrauen setze, wenn die politische Epilepsie, von der wir seit langer Zeit befallen sind, beim Herannahen der Parlamentseröffnung wieder in ihr akutes Stadium tritt? Das Benehmen jenes Theiles der Rechten und jener Fraktion der Linken können in jedem fremden Lande nur Mißtrauen und Abneigung gegen Italien erwecken. Kaum ist es einem Ministerium gelungen, Steine zu einem soliden Grundbau unserer auswärtigen Politik zusammenzutragen, so beginnen auch schon die Demolirungsarbeiten wüthender als je. Alles das kann uns nur zur Ohnmacht und zur Demüthigung führen. Wir werden nie mehr in Italien eine auswärtige Politik haben, wenn man nicht für die Stabilität der Ministerien sorgt."

Dasselbe Blatt bespricht unter dem Titel „Ein erledigter Incidenzfall" ruhig und objektiv das Mißverständniß, welches durch den Bericht der „Budapester Korr." über jene famose Sonntagssitzung des ungarischen Delegationsausschusses hervorgerufen wurde. Das dem Ministerium Depretis nahestehende Organ gelangt dabei zu folgenden Schlußsätzen:

„Es liegt klar am Tage, daß der Eindruck, welcher durch die ungenaue Berichterstattung verursacht wurde, wie jene, welche so rasche und laute Proteste hervorgerufen hat, in Wien viel lebhafter und unangenehmer sein mußte, als in Italien, wo übrigens der Text der Berichterstattung selbst nur wenig bekannt war. Aber man muß vor Allem davon überzeugt sein, daß die österreichisch-ungarische Bevölkerung als hervorragende Gaben die Loyalität und Aufrichtigkeit besitzt und sie nichts so sehr beirrt, als der Verdacht des Gegentheiles. Es ist eine von Natur aus liebenswürdige Bevölkerung und, die Genauigkeit dieser Berichterstattung zugegeben, würden die Loyalität, Aufrichtigkeit und Courtoisie sehr beleidigt worden sein. Die dortige Regierung inkarnirt aber alle diese Gaben, und das erklärt die Wärme und den Eifer, welchen die Herren Kallay und Graf Andrassy aufgeboten haben, um jeden Zweifel über ihre Intentionen zu zerstreuen und Italien über die Wahrheit und den Charakter ihrer Erklärungen zu beruhigen. Wir haben deshalb die Verpflichtung, diesen eminenten Staatsmännern unsere herzlichste Dankbarkeit auszusprechen. Der Ernst der guten Beziehungen mit Oesterreich-Ungarn konnte nicht besser hervorgehoben werden."

Briefe und Zeitungsberichte.

☾ **Berlin**, 16. November. Mit dem „Ministerium aus der großen liberalen Partei" wird es wohl zunächst noch gute Wege haben; aber darüber besteht kein Zweifel mehr, daß diejenigen die Situation richtig beurtheilten, welche inmitten aller unverbürgten Angaben über Einzelheiten, die angeblich für die Lage entscheidend sein sollten, an der Ansicht festhielten, daß die sachlichen Hindernisse für eine klerikal-konservative Politik nach dem Erscheinen des „Post"-Artikels genau so groß waren, wie vor Wochen. Heute möchte man aber fast glauben, daß dieser Sensations-Artikel bestimmt war, aus möglichst weiten Kreisen lauten Widerspruch gegen die klerikale Politik zu provoziren, welche Alarmisten dadurch angekündigt glaubten. Von allen Eventualitäten, welche während der letzten acht Tage erörtert wurden, dürfte die an dieser Stelle beiläufig erwähnte, daß Fürst Bismarck sich zeitweilig auf die Leitung der auswärtigen Politik zurückgezogen und während dieser Zeit einem Vizekanzler und Vize-Minister-Präsidenten die Leitung der inneren Politik übertragen hätte, am ernsthaftesten gewesen sein; aber auch nur in dem Sinne, daß diese Kombination den Stillstand der großen Projekte bedeutet hätte, nicht die umfassende Verständigung mit dem Klerikalismus, welche angeblich drohend am politischen Horizont stehen sollte; denn wenn diese, sofern sie auf weitreichenden kirchenpolitischen Zugeständnissen an das Zentrum beruhen soll, selbst über die Kräfte des Fürsten Bismarck geht, um wieviel mehr über die irgend eines konservativen Politikers zweiten Ranges. Auch jene Eventualität dürfte augenblicklich aber schon wieder beseitigt sein; und wenn man es zunächst wohl nur als charakteristisch für die Wandlungsfähigkeit unserer derzeitigen politischen Verhältnisse anzusehen hat, daß ernsthafte Leute von dem Eintritt nicht nur Bennigsen's, sondern sogar Forckenbeck's in die Bismarck'sche Regierung sprechen, so scheint doch sicher zu sein, daß sehr hoher Einfluß dafür geltend gemacht wird, aus dem Wahlergebniß das zu entnehmen, was offenbar seine Bedeutung ist: daß die große Majorität der selbständig, ohne geistliche oder behördliche Bevormundung stimmenden Wähler die Rückkehr in liberale Bahnen gefordert hat, und daß eine Verstärkung dieser Forderung von jeder ferneren Wahl zu erwarten ist. Ueber die Mittel, diesem Votum des Landes Rechnung zu tragen, wird man wohl noch nicht zu den festen Entschlüssen gekommen sein, welche Sanguiniker mit der Ankündigung einer neuen liberalen Aera in Aussicht nehmen; aber sicher ist, daß der Rath, sich mit dem Willen der selbständig urtheilenden Bevölkerung friedlich abzufinden, ungleich mehr Anklang an den entscheidenden Stellen findet, als der, die öffentliche Meinung durch forcirte Maßregeln, wie wiederholte Auflösungen und dergleichen zu brüskiren. Wenn man die Bemühungen in diesem Sinne auf den Fürsten Bismarck einzuwirken, mit Recht auf den Kronprinzen zurückführt, so wird zu beachten sein, daß dann jedenfalls auch die Milderung des kirchenpolitischen Konfliktes mit in's Auge gefaßt wird; denn es ist sicher, daß der Kronprinz diese lebhaft wünscht — aber freilich würde sie im Zusammenhange einer von klerikalen Diktaten freien Politik sich wesentlich anders gestalten, als man sie sich in der jüngsten Zeit hoffend und fürchtend gedacht hat; sie würde vermuthlich in Milderungen bestehen, die auch Falk allenfalls nach erfolgtem Verzicht der Hierarchie auf ihren Widerstand gegen die Gesetze hätte bewilligen können. Im Uebrigen kann nur wiederholt werden, daß vor der Hand nur Eins fest steht: die konservativ-klerikalen Hoffnungen der jüngsten Zeit waren Illusionen. Das Weitere wird von Verhandlungen abhängen, welche nach dem Eintreffen der Führer der Parteien in den nächsten Tagen stattfinden werden. Sie dürften sich um die Doppelfrage drehen, wo ein Regierungsprogramm, das wenigstens mit den allgemeinsten Zielen des Kanzlers vereinbar wäre, und eine Majorität dafür zu finden ist — eine Frage, auf die es doch möglicherweise gar keine Antwort giebt, so daß nur Stillstand übrig bleibt.

Generalversammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung.

Die dritte und letzte Sitzung der Generalversammlung vom Montag eröffnete Dr. Löwe um 10 Uhr Vormittags.

Das auf der Tagesordnung stehende Referat des Stadtsyndikus Eberty über die Berliner Volksbibliotheken mußte wegen einer nothwendigen Reise des Referenten ausfallen

Rektor Geßler (Berlin) referirte demnächst über die Bestrebungen zum Wohle der aus der Schule entlassenen Jugend. Bei der immer mehr wachsenden Zersetzung des Familienlebens, wie sie namentlich bei den ärmeren Volksklassen zur Erscheinung kommt, sei es dringend geboten, daß die Gesellschaft auf die Jugend erziehend einwirke, namentlich da, wo die Schule aufhöre, wo die Eltern fehlen oder wo diese durch die Arbeit die Kinder ohne Aufsicht lassen müssen, diese Lücke zu ergänzen. Der für das Wohl der aus der Schule entlassenen Jugend in Berlin bestehende Verein wirke nach vier Richtungen hin. Er sei bestrebt, den aus der Schule entlassenen Knaben und Mädchen geeignete Stellen zu verschaffen, wo sie in angemessener Weise für ihren Beruf ausgebildet werden. Zu diesem Zwecke erhält der Verein am Schlusse jedes Schulsemesters eine Liste der zur Entlassung kommenden Schüler, die Thätigkeit des Vereins aber wird wesentlich dadurch erschwert, daß 33 Prozent der abgehenden Schüler nicht wissen, welchen Beruf sie eigentlich ergreifen sollen. In solchen Fällen müsse der Verein versuchen, das Interesse des Knaben für irgend einen bestimmten Beruf zu erwecken. Dann sorgt der Verein durch eine sorgfältige Ueberwachung der den Lehrmeistern oder in Familiendienst übergebenen Knaben und Mädchen, daß ein gutes Verhältniß zwischen dem Lehrherrn und Lehrling obwaltet, er überwacht die Zerstreuungen der jungen Leute durch Veranstaltung zweckentsprechender Vergnügungen, in denen der Geist angeregt und Sitte und Anstand gepflegt wird, und er fordert schließlich auch den Besuch der Fortbildungsschulen. Den Einrichtungen der letzteren in Berlin widmete der Referent eine längere Betrachtung und knüpfte daran kurze Mittheilungen über die Berliner Handwerkerschule und die Fortbildungsschulen für Mädchen. Die erste derartiger Mädchen-Fortbildungsschulen, die s. Z. aus der Initiative der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung mit 50 Schülerinnen eröffnet wurde, hat jetzt 400 Schülerinnen und die Zahl der Mädchen-Fortbildungsschulen ist inzwischen auf 5 gewachsen. Im Südwesten Deutschlands haben sich auch Jugendbildungsvereine gebildet, welche die Bildungsbestrebungen unter sich befördern wollen und in einem gewissen Zusammenhange mit den früheren Lehrern bleiben. Referent empfahl die Protektion auch solcher Vereine, denn gerade die Fürsorge für die aus der Schule entlassene Jugend sei mit ein Glied der präventiven Armenpflege, denn, wenn man den Sinn der Jugend für Moralität, gute Sitte und Anstand pflegt und ihre Widerstandsfähigkeit gegen die Verlockungen des Lebens stärkt, trägt man dazu bei, daß die Zahl der heruntergekommenen Existenzen vermindert und ein Geschlecht erzogen wird, welches sich der großen Kulturaufgaben, die die Zeit an dasselbe stellt, wohl bewußt ist. Aus diesen Gesichtspunkten empfahl Redner folgende Thesen:

1) Die Gesellschaft anerkennt die Nothwendigkeit, auf die der Schule entwachsene Jugend, für deren gedeihliche Entwickelung die häuslichen Verhältnisse keine Gewähr bieten, durch Bestrebungen von Vereinen einen berathenden und zu allem Guten anleitenden Einfluß auszuüben;

2) Die Gesellschaft hält die von dem Verein für das Wohl der aus der Schule entlassenen Jugend eingeschlagenen Wege zur Erreichung dieses Zweckes für geeignet;

3) Die Gesellschaft empfiehlt ihren Zweigvereinen und allen Personen, denen das Wohl der heranwachsenden Jugend und das des gesammten Volkes am Herzen liegt, diese Bestrebungen nach Kräften zu unterstützen.

Diese Ausführungen fanden in einer anregenden Debatte allseitige Zustimmung, namentlich von Seiten des Pastors Höpfner (Hannover), Dr. v. Kalckstein (Berlin), Prof. Post (Göttingen), Oberbürgermeister Ohly, Direktor Kuhnert (Dresden), Dr. Carstedt (Breslau), Dr. Rudolf (Chemnitz), Meyer (Berlin), Klein (Danzig). Einig war man darin, daß die Fürsorge für die aus der Schule ins Leben eintretenden Knaben und Mädchen eine wichtige und schöne Aufgabe für die Bildungsvereine sei. Ueberaus werthvoll sei es, den Knaben in der Auswahl eines Berufes behilflich zu sein, damit die Knaben nicht den Uebergang in den Arbeiterstand als etwas selbstverständliches betrachten und die Mädchen es vorziehen, wieder in Dienstverhältnisse zu treten, als in Fabriken zu arbeiten. Bei den Fortbildungsschulen, welche nach Ansicht der meisten Redner einen obligatorischen Charakter haben müßten, komme es nicht so sehr darauf an, daß die Schüler eine große Quantität von Kenntnissen erhielten, als darauf, daß die jungen Leute der Verführung entzogen und der Einwirkung der Lehrer ausgesetzt werden. In vielen Städten werde das in dem Referate behandelte Gebiet bis jetzt lediglich von den kirchlichen Faktoren gepflegt und es sei daher eine durchaus dringliche Pflicht gerade der liberalen Elemente der Bürgerschaft, diesem Gebiete ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen. — Bei der Abstimmung wurden die Thesen des Referenten einstimmig angenommen.

Redakteur Lammert überreichte der Gesellschaft zwei von dem „französischen Schulze-Delitzsch", Herrn de Malarce, eingesandte interessante Diogramme, welche sich auf das Sparkassenwesen beziehen.

Hierauf erläuterte Generalsekretär Lippert den gedruckt vorliegenden und seinem Inhalte nach in den Zeitungen bereits publizirten Jahresbericht, der gleichzeitig ein Bericht über die erste zehnjährige Thätigkeit der Gesellschaft ist. Wir heben daraus nochmals hervor, daß die Gesellschaft am Schlusse des letzten Jahres 4859 Mitglieder und zwar 4111 persönliche und 748 körperschaftliche zählte. Die Gesellschaft habe immer strenge Selbstkritik über ihre Thätigkeit geübt und wenn auch in den Erfolgen in der zehnjährigen Wirksamkeit manche Schwankungen bemerkbar waren, so sei der Segen dieser Wirksamkeit doch durchaus ersichtlich. Was ohne Schwankungen in all den zehn Jahren feststand, sei das Institut der Volksbibliotheken gewesen, deren Pflege sich sämmtliche Zweigvereine ganz besonders angelegen sein lassen. In diesem Jahre mache sich nach augenblicklichem Stillstand wieder ein Aufschwung bemerkbar, der sich in den größeren Anforderungen an die Wanderlehrer zeige. Die Gesellschaft habe an dem in dem vergangenen Jahrzehnt aufrecht erhaltenen System ihrer Thätigkeit nichts zu ändern und sie hoffe in diesem System auch für das nächste Jahrzehnt rüstig fortzuarbeiten und gute Resultate zu erzielen.

Hieran schloß sich der Bericht des Wanderlehrers der Gesellschaft, Dr. Paul Wislicenus, über seine Thätigkeit während des letzten Jahres und die Rechnungslegung durch den Schatzmeister Dr. Hammacher (Berlin). Danach betrugen die Einnahmen 154,197 M., die Ausgaben 70,828 M. und der Vermögensbestand am Schlusse des Jahres stellte sich auf 83,369 M.

Damit war die Tagesordnung erledigt und der Vorsitzende schloß die 11. Generalversammlung der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung mit einigen Worten des Dankes. (Volks-Ztg.)

Locales und Provinzielles.

Posen, 17. November

r. [Die Stichwahlen] zwischen Polen und Deutschen sind sowohl in der Provinz Posen, wie in Westpreußen, durchaus ungünstig für das Deutschthum ausgefallen. Im Wahlkreise Fraustadt hat der Kandidat der Polen, Stan. v. Chlapowski, 1200 Stimmen mehr erhalten, als der Kandidat der Deutschen, v. Puttkamer, und in Westpreußen, wo in 4 Wahlkreisen (Graudenz-Strasburg, Löbau-Rosenberg, Marienwerder-Stuhm, Schwetz) die Stichwahl zwischen deutschen und polnischen Kandidaten zu entscheiden hatte, sind zwei Polen, v. Lyskowski im Wahlkreise Graudenz-Strasburg, und v. Kossowski im Wahlkreise Schwetz, gewählt worden; nur in den Wahlkreisen Marienwerder-Stuhm und Löbau-Rosenberg sind die deutschen Kandidaten, Hobrecht und Graf Dohna-Finkenstein, durchgekommen. Es sind also bei den Stichwahlen 3 Wahlkreise, die bisher stets durch Deutsche vertreten waren, an Polen verloren gegangen, ein für das Deutschthum im Osten unseres Vaterlandes sehr betrübendes Resultat. Rechnet man den Wahlkreis Wirsitz-Schubin hinzu, in welchem schon bei den Wahlen am 27. v. M. der Kandidat der Polen, Graf v. Skorzewski, durchkam, so sind demnach 18 polnische Kandidaten durchgekommen, während bisher die polnische Reichstagsfraktion nur 14 Mitglieder zählte; dieselbe hat demnach eine Stärke erlangt, wie noch nie. In sämmtlichen drei bei den Stichwahlen verloren gegangenen Wahlkreisen lagen die Verhältnisse derartig, daß, wenn die deutschen Wähler sich in derselben Stärke an der Stichwahl betheiligt hätten, wie am 27. Oktober, der deutsche Majoritäts-Kandidat mit überwiegender Mehrheit hätte durchkommen müssen; aber leider scheint sich nur ein kleiner Theil der deutschen Minorität vom 27. Oktober entschlossen zu haben, im Interesse des Deutschthums dem deutschen Majoritäts-Kandidaten bei der Stichwahl die Stimme zu geben. So ist es im Wahlkreise Graudenz-Strasburg gewesen, wo den Polen der bisherige Reichstags-Abgeordnete Bieler, ein Nationalliberaler, gegenüberstand, und wo der größte Theil der Konservativen sich der Abstimmung enthalten zu haben scheint; so ist es im Wahlkreise Schwetz gewesen, wo den Polen der deutsche Kandidat Gordon, ein Konservativer, gegenüberstand, und die Liberalen zum großen Theil sich von der Stichwahl fern gehalten zu haben scheinen. Aehnliches scheint im Wahlkreise Fraustadt geschehen zu sein, von wo uns bereits Zahlen vorliegen. Bei der Wahl am 27. v. M. hatte v. Puttkamer (freikonservativ) 2586, Witt (Sezessionist) 2299 Stimmen erhalten, so daß also 4885 deutsche Stimmen abgegeben worden sind, während auf den polnischen Kandidaten, v. Chlapowski, nur 4422, also 463 Stimmen weniger, gefallen waren. Bei der Stichwahl hat nun, wie uns der Telegraph meldet, v. Chlapowski 1200 Stimmen mehr erhalten, als von Puttkamer. Diese bedeutende Majorität erscheint nur dadurch erklärlich, daß einerseits eine Anzahl der deutschen Liberalen sich von der Stichwahl fern gehalten hat, andererseits aber viele deutsche Katholiken, welche bei der Wahl am 27. v. M. für einen der beiden deutschen Kandidaten gestimmt hatten, in Folge des bekannten Aufrufes der deutschen katholischen Geistlichkeit bei der Stichwahl dem polnischen Kandidaten ihre Stimmen gegeben haben. Es ist ein derartiges Verhalten im Interesse des Deutschthums nicht genug zu beklagen!

— **Im Handwerkerverein** wird am nächsten Montag Her

Rektor Freyer einen Vortrag über Ferien-Kolonien halten. Bei dem großen Interesse, welches die humanitären Bestrebungen auf diesem Gebiete neuerdings in Anspruch nehmen und den günstigen Erfolgen, welche mit der Einrichtung solcher Kolonien für arme und körperlich schwache Schulkinder bereits an verschiedenen Orten erzielt worden sind, wollen wir nicht verfehlen, auf die hiermit gebotene Gelegenheit zur Information über diese hochwichtige Frage hinzuweisen und hoffen, daß die öffentliche Anregung derselben auch bei uns auf fruchtbaren Boden fallen wird.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 16. November. In der unter dem Vorsitze des Staatsministers v. Boetticher am 15. d. abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurden zunächst zwei Vorlagen betreffend die Verlängerung der Befugniß der Notenausgabe der Danziger Privat-Aktienbank und betreffend die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Abwehr und Unterdrückung der Viehseuchen dem Ausschusse für Handel und Verkehr überwiesen. Sodann ertheilte die Versammlung auf Antrag des Ausschusses für Justizwesen die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung wegen einer Beleidigung des Bundesraths. Hiernächst wurden die Berathungen über die Etats fortgesetzt und zum Abschlusse gebracht. Auf die Berichte der Ausschüsse wurden die Entwürfe der Spezialetats für 1882/83 der Marineverwaltung, der Reichseisenbahnen, des auswärtigen Amts, des Reichsamts des Innern, des Reichsschatzamts und der Reichsschuld, sowie endlich der Entwurf des Reichshaushalts-Hauptetats mit nicht wesentlichen Abänderungen genehmigt. Auch die Entwürfe eines Gesetzes betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für 1882/83 und eines Anleihegesetzes fanden die Zustimmung der Versammlung. Schließlich wurden die Komissarien für die Berathung der letzteren Gesetze im Reichstage gewählt.

Baden-Baden, 16. November. Der Großherzog hat die Nacht in ruhigem Schlaf verbracht. Die Temperatur war gestern Abend 38,7, heute früh 37,5 Grad, der Puls von 90 auf 76 Schläge ermäßigt. Der Schweiß war stärker als in der Nacht vorher, aber der Patient fühlte sich weniger ermüdet.

Baden-Baden, 16. November. Der Großherzog war von heute früh bis zum Abend fieberfrei. Das Befinden im Uebrigen ist unverändert.

Essen, 16. November. Die „Essener Zeitung" ist ermächtigt, das von einigen Zeitungen verbreitete Gerücht von einer Umwandlung des Krupp'schen Etablissements in eine Aktien-Gesellschaft für absolut unbegründet und erfunden zu erklären.

Wien, 15. November. Die ungarische Delegation hat die Budgets für das Ministerium des Auswärtigen und für die Marine endgiltig bewilligt und das Kriegsbudget in der General- und Spezialdebatte größtentheils nach den Ausschußanträgen genehmigt.

Wien, 16. November. Sitzung der ungarischen Delegation. Bei der Berathung des Okkupations-Kredits erklärt Graf Apponyi seine Befriedigung über die Administration der okkupirten Länder, hält jedoch die Einführung des Wehrgesetzes im Verordnungswege für gesetzwidrig. Der Reichsfinanzminister Szlavi tritt diesen Ausführungen entgegen und weist die Berechtigung der Regierung zur Einführung des Wehrgesetzes nach. Der Delegirte Keglevic spricht sein Vertrauen zum Minister und den Wunsch nach fakultativer Befreiung vom Militärdienste aus. Eber erklärt sich für die Aufrechterhaltung des status quo im Okkupationsgebiete, während sich Szilagyi den Bemerkungen des Grafen Apponyi anschließt. Ministerpräsident Tisza führt aus, daß die Regierungen gesetzlich zu allen Verfügungen bevollmächtigt gewesen, welche geeignet erschienen, in den okkupirten Ländern Ordnung und Sicherheit zu schaffen, demgemäß auch zum Erlaß des Wehrgesetzes, welches die geschaffene Ordnung sichern solle. Minister Szlavy erwidert dem Delegirten Grafen Apponyi, welcher trotz der Erklärung Tisza's bei seiner Auffassung beharrt, daß eine lange Debatte über diesen Gegenstand nur schädlich wirken könne, da in den okkupirten Ländern leicht die Auffassung Platz greifen könnte, als ob die Monarchie zur Einführung des Wehrgesetzes kein Recht hätte. Nachdem sodann noch Graf Szechenyi das Vorgehen der Regierung als den Verhältnissen angemessen bezeichnet, wurde der Antrag des Grafen Apponyi, daß die Regierung ohne Einwilligung des Parlaments keinen weiteren Schritt in dieser Frage zu unternehmen habe, abgelehnt und der Okkupationskredit im Allgemeinen bewilligt.

Rom, 16. November. Der König und die Königin, sowie der Kronprinz werden am 17. d. hier wieder eintreffen, zum Empfange werden Ovationen vorbereitet.

Paris, 15. November. Der Botschafter Graf St. Vallier in Berlin und der Botschafter Chanzy in Petersburg haben ihr Entlassungsgesuch eingereicht.

Paris, 16. November. Gerüchtweise verlautet, daß Challemel-Lacour zum Botschafter in Berlin, Léon Renault für Petersburg und Duchâtel für London ernannt seien. — Das Panzerschiff „Devastation", welches beim Auslaufen aus dem Hafen von Lorient auf den Grund gerieth, ist wieder flott geworden und in den Hafen zurückgekehrt.

Konstantinopel, 15. November. In Folge der Gerüchte, daß Rußland die Regelung der Kriegsentschädigung durch eine territoriale Kompensation verlange, gab der russische Botschafter v. Nowikow den Botschaftern der Mächte entgegengesetzte Versicherungen. — Der deutsche Dampfer „Vulkan" geht heute ab, das Prinzip, daß die Pforte kein Recht habe, durchgehende Waaren zu untersuchen, ist gewahrt worden.

Konstantinopel, 16. November. In der Sitzung der türkisch-russischen Finanz-Kommission theilte der russische Botschafter v. Novikoff in Beantwortung der in der letzten Sitzung von den türkischen Delegirten gestellten Anfrage mit, daß er Instruktionen bezüglich der seitens Rußlands zu verlangende Annuität empfangen habe. In denselben werde ihm aber ein großer Spielraum gewährt, so daß er nichts festsetzen könne, bevor er nicht die genauen Intentionen der Pforte kenne. Hiernach wurde die Berathung der Garantiefrage fortgesetzt. Der russische Botschafter verlangte, daß die Garantien lokalisirt würden, um die Kontrole zu erleichtern. Die türkischen Delegirten sagten ihre formelle Antwort für die nächste Sitzung zu.

Bukarest, 16. November. Die Gerüchte über die Demission des Ministerpräsidenten Bratiano entbehren gutem Vernehmen nach jeder Begründung.

Kairo, 16. November. Lord Granville hat unter dem 4. d. eine Depesche an den englischen Generalkonsul Lord Malet gerichtet, in welcher er erklärt, daß der einzige Zweck der Politik Englands der sei, die Wohlfahrt Egyptens und den vollen Genuß der ihm durch die kaiserlichen Fermans bewilligten Freiheit zu sichern. Granville weist ferner auf die Nothwendigkeit von Reformen hin und spricht sich rühmend über die von dem Sherif gemachten Anstrengungen aus, diese Reformen zu vollenden. Das Band, welches Egypten und die Türkei verbinde, biete die beste Garantie gegen jede Intervention einer auswärtigen Macht. England habe immer gesucht, dies Band aufrechtzuerhalten und glaube, Frankreich werde auch fernerhin dieselbe Ansicht theilen. Es sei für beide Länder, wenn sie im Einverständniß handelten, leicht gewesen, die Besserung der politischen und finanziellen Lage Egyptens zu unterstützen, jeder Plan einer Vergrößerung von der einen oder anderen Seite würde dies Einvernehmen zerstören.

Stichwahlen.

Bolkenhain, 16. November. Professor Gneist (nat.-lib.) ist gewählt.

Offenbach, 16. November. Der in den Wahlkreisen Offenbach-Dieburg und Mainz gewählte Reichstags-Abgeordnete Liebknecht hat das Mandat für ersteren Wahlkreis angenommen.

Gerabronn, 16. November. Mayer (Volkspartei) erhielt 10,803 St., Fürst zu Hohenlohe-Langenburg (deutsche Reichsp.) 8049 Stimmen.

Rinteln, 16. November. Der Sieg Schläger's (nat.-lib.) über Knobel (kons.) ist mit etwa 500 Stimmen Majorität zu erwarten.

Definitive Stichwahlresultate.

Wahlkr.

Reg.-Bez. **Marienwerder.**

5. Schwetz. Abgegeben 10,687 St., davon für v. Kosowski (Pole) 5694, für v. Gordon (deutsche Reichspart.) 4979 St.
8. Deutsch-Krone. v. Brauchitsch (kons.) gewählt.

Reg.-Bez. **Magdeburg.**

3. Jerichow. Abgegeben 18,033 St., davon für Dr. Greve (Fortschr.) 12,365, für v. Plotho (kons.) 5668 St.

Reg.-Bez. **Breslau.**

5. Ohlau. Abgegeben 15,417 St., davon für Goldschmidt (Fortschr.) 8937, für v. Frankenberg (deutsche Reichspartei) 6480 St.

Reg.-Bez. **Wiesbaden.**

5. Dillenburg. Abgegeben 13,958 St., davon für Dr. Thilenius (Sezess.) 10,310, für Ibach (Zentr.) 3648 St.

Reg.-Bez. **Koblenz.**

1. Wetzlar. Abgegeben 18,378 St., davon für Prinz zu Solms-Braunfels (deutsch kons.) 9777, für Waldschmidt (natlib.) 8601 Stimmen.

Lippe.

19. Lippe. Abgegeben 15,211 St., davon für Bürten (Fortschr.) 9242, für Schemmel (kons.) 5931 St.

Baiern.

Pfalz.

2. Landau. Abgegeben 21,384 St., davon für Petersen (natlib.) 11,157, für Reissel (Fortschr.) 10,189 St.
6. Kaiserslautern. Abgegeben 18,014 St., davon für Janson (natlib.) 10,180, für Dr. Herz (Demokrat) 7834 St.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wetterbericht vom 16. Novbr., 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. redux. in mm.	Wind.		Wetter.		Temp i. Cels. Grad
Mullaghmore	—	SW	6	wolkig		10
Aberdeen	743	S	7	Regen		8
Christiansund	736	WSW	7	wolkig		7
Kopenhagen	759	WSW	4	Nebel		9
Stockholm	747	SW	6	bedeckt		8
Haparanda	—					
Petersburg	—					
Moskau	767	WNW	1	wolkenlos		−10
Cork Queenst.	753	SW	8	Regen	1)	12
Brest	768	SW	2	wolkenlos	2)	12
Helder	764	SW	2	wolkenlos		8
Sylt	760	WSW	3	wolkenlos		7
Hamburg	764	SW	4	bedeckt	3)	8
Swinemünde	762	SW	5	wolkig		8
Neufahrwasser	763	SSW	5	bedeckt	4)	11
Memel	762	S	4	Regen	5)	8
Paris	770	SSO	1	bedeckt		8
Münster	766	WSW	3	bedeckt		8
Karlsruhe	770	SW	2	bedeckt		7
Wiesbaden	768	O	1	bedeckt	6)	6
München	770	still		wolkenlos		1
Leipzig	767	SSW	2	wolkig		6
Berlin	764	SW	1	halb bedeckt		8
Wien	770	still		Nebel		2
Breslau	767	S	2	heiter		6
Ile d'Aix	771	SO	2	Dunst		9
Nizza	770	N	3	Nebel		8
Triest	770	O	1	wolkenlos		7

1) Grobe See. 2) Grobe See. 3) Etwas nebelig. 4) Böig. 5) Seegang mäßig, Nachts Nebel. 6) Thau.

Skala für die Windstärke:

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstenzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Uebersicht der Witterung.

Das Depressionsgebiet im Nordwesten hat sich bedeutend vertieft, so daß jetzt über dem Nord- und Ostseegebiete steile Gradienten mit stellenweise stürmischen Winden aufgetreten sind. An der deutschen Küste herrschen noch schwache bis frische südwestliche Winde, indessen ist erhebliches Auffrischen derselben wahrscheinlich. Ueber Zentral-Europa hat sich das Wetter wenig verändert, dasselbe ist im Norden warm, meist trübe, vielfach nebelig, jedoch in südlicher Nordsee wolkenlos, im Süden still, heiter und trocken bei im allgemeinen normalen Temperatur-Verhältnissen.

Deutsche Seewarte.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im November.

Datum Stunde		Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
16.	Nachm. 2	757,5	W schwach	bedeckt	+10,0
16.	Abnds. 10	754,2	SW mäßig	trübe	+ 7,5
17.	Morgs. 6	749,8	SW lebhaft	heiter	+ 5,5

Am 16. Wärme-Maximum +11°8 Celf.
= = Wärme-Minimum + 6°9 =

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 16. November Morgens 1,54 Meter.
= = 16. = Mittags 1,54 =
= = 17. = Morgens 1,54 =

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 16 November (Schluß-Course.) Fest.

Lond. Wechsel 20,41. Pariser do. 80,85. Wiener do. 172,00. K.-M. St.-A. —. Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 97½. K.-M.-Pr.-Anth. 130. Reichsanl. 101. Reichsbank 151⅞. Darmstb. 167¾. Meininger B. 101⅞. Oest.-ung. Bk. 716,00. Kreditaktien 311⅛. Silberrente 66⅞. Papierrente 66½. Goldrente 80⅞. Ung. Goldrente 77¼. 1860er Loose 123⅞. 1864er Loose 337,00. Ung. Staatsl. 237,70. do. Ostb.-Obl. II. 93¾. Böhm. Westbahn 267. Elisabethb. —. Nordwestbahn —. Galizier 264¾. Franzosen 276½. Lombarden 123¼. Italiener 88⅞. 1877er Russen 90½. 1880er Russen 74½. II. Orientanl. 60⅞. Zentr.-Pacific 112¼. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 60⅞. Wiener Bankverein 118½, ungarische Papierrente —. Buschtiehrader — Junge Dresdner —.

Ungarische Eskompt- und Wechslerbank —,—.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 311⅛, Franzosen 276¼, Galizier 264⅞, Lombarden 122½, II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, österr. Goldrente —.

Wien, 16. November. (Schluß-Course.) Kreditaktien in Folge von Deckungskäufen steigend, schließlich durch die Arbitrage gedrückt, Franzosen und Galizier matt.

Papierrente 77,00 Silberrente 77,90. Oesterr. Goldrente 93,75. Ungarische Goldrente 119,60 1854er Loose 122,20. 1860er Loose 133,00. 1864er Loose 174,20. Kreditloose 178,70. Ungar. Prämienl. 124,50. Kreditaktien 361,00. Franzosen 320,50. Lombarden 143,25. Galizier 306,00. Kasch.-Oderb. 147,50. Pardubitzer 164,50. Nordwestbahn 223,75. Elisabethbahn 214,70. Nordbahn 2392,50. Oesterreich-ungar. Bank —.—. Türk. Loose —.—. Unionbank 141,30. Anglo-Austr. 153,00 Wiener Bankverein 138,75. Ungar. Kredit 360,00. Deutsche Plätze 57,95. Londoner Wechsel 118,55. Pariser do. 46,85, Amsterdamer do. 97,70 Napoleons 9,37½ Dukaten 5,60 Silberc. 100,00. Marknoten 58,00 Russische Banknoten 1,26½. Lemberg-Czernowitz —,—. Kronpr.-Rudolf 167,50. Franz-Josef —,—. Dux-Bodenbach —,—. Böhm. Westbahn —,—.

4½prozent. ungar. Bodenkredit-Pfandbriefe —, Elbthal 242,50, ungarische Papierrente 89,25, ungar. Goldrente 89,70, Buschtierader B. —,—. Ung. Präml. —. Eskompte —,—.

Nachbörse. Ungar. Kreditaktien —,—, österreichische Kreditaktien 362,50, Nordbahn —,—.

Paris, 16. November. (Schluß-Course.) Matt.

3proz. amortisirb. Rente 86,47½, 3proz. Rente 85,90, Anleihe de 1872 116,75, Italien. 5proz. Rente 89,15, Oesterreich. Goldrente 80, 6prozent. ungar. Goldrente 103⅛, 4proz. ungar. Goldrente 77⅞. 5proz. Russen de 1877 93¼, Franzosen 687,50, Lombardische Eisenbahn-Aktien 303,75, Lomb. Prioritäten 283,00, Türken de 1865 13,60, Türkenloose 53,75. III. Orientanleihe 60½.

Credit mobilier 725,00, Spanier exter. 27⅝, do. inter. —, Suezkanal-Aktien —, Banque ottomane 728,00, Societe gen. —,—, Credit foncier 1725,00. Egypter 365,00, Banque de Paris 1235,00, Banque d'escompte 862,00, Banque hypothecaire —,—. III. Orientanleihe —. Londoner Wechsel 25,23. 5proz. Rumänische Anleihe —,—.

Petersburg, 16. November. Wechsel auf London 25 $\frac{3}{32}$, II. Orient-Anleihe 90. III. Orientanleihe 89⅞.

Florenz, 16. November. 5pCt. Italien. Rente 91,42, Gold 20,53.

London, 16. Novbr. Ruhig. Consols 100 $\frac{1}{16}$. Ital. 5proz. Rente 88⅞. Lombard. 12 3proz. Lombard. alte —. 3proz. do. neue —, 5proz. Russen de 1871 89⅞, 5proz. Russen de 1872 89, 5proz. Russen de 1873 91¼, 5proz. Türken de 1865 13¼, 3½proz. fundirte Amerikaner 105. Oesterr. Silberrente —, do. Papierrente —. Ungarische Goldrente 77. Oesterr. Goldrente 79¾, Spanier 27⅝, Egypter 72¾, 4proz. preuß. Consols 100½. 4proz. bair. Anleihe —.

4prozent. ungar. Goldrente 77, Silber —.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,71. Wien 11,99. Paris 25,62, Petersburg 24⅞.

Aus der Bank flossen heute 30,000 Pfd. Sterl.

Platzdiscont 3⅞ pCt.

Newyork, 15 November. (Schlußkurse.) Wechsel auf Berlin 94¼, Wechsel auf London 4,80½, Wechsel auf Paris 5,23¾, 3½proz. fundirte Anleihe 102, 4prozent. fundirte Anleihe von 1877 117, Erie-Bahn 46⅞, Zentral-Pacific 116, Newyork Zentralbahn 138⅞. Chicago-Eisenbahn 140. Cable Transfers 4,85¼. Nachfrage nach Geld zunehmend; Geld für Regierungssicherheiten 4 pCt., für andere Sicherheiten 6 pCt.

Produkten-Course.

Bremen, 16. November. Petroleum. (Schlußbericht.) Fester. Standard white loko 7,35 bez., per Dezember 7,45 bez., per Januar 7,65 Br., per Februar 7,70 Br., per März 7,70 Br., per August-Dezember 8,35 Br.

Hamburg, 16. November. Getreidemarkt. Weizen loco unveränd., auf Termine matt Roggen loco unverändert, auf Termine matt. Weizen per Nov.-Dez. 229,00 Br., 227,00 Gd., per April-Mai 224,00 Br., 222,00 Gd. Roggen per November-Dezember 180,00 Br., 179,00 Gd., per April-Mai 170,00 Br., 168,00 Gd. — Hafer, Gerste unveränd. — Rüböl ruhig, loko 58,00, per Mai 59,00. — Spiritus still, per November 43¾ Br. per Dezember-Januar 43½ Br., per Januar-Februar 43½ Br., April-Mai 43 Br. — Kaffee ruhig, Umsatz 2000 Sack. — Petroleum geschäftslos, Standard white loco 7,70 Br., 7,55 Gd., per November 7,55 Gd., per Dezember 7,70 Gd. — Wetter: Schön.

London, 16. November. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 63,300, Gerste 2640. Hafer 36,100 Qrts.

Weizen ruhig, stetig, Mehl und Hafer weichend, Mais anziehend, Gerste ruhig.

London, 16. November. An der Küste angeboten 11 Weizenladungen. — Wetter: Schön.

Newyork, 15. Novbr. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 11⅞, do. in New-Orleans 11½. Petroleum in Newyork 7½ Gd., in Philadelphia 7¼ Gd., rohes Petroleum 6¾, do. Pipe line Certificates — D. 84 C. Mehl 5 D. 50 C. Rother Winterweizen loko 1 D. 45 C. Weizen per laufenden Monat 1 D. 43¾ C., do pr. Dezember 1 D. 45¼ C., do. per Januar 1 D. 48½ C. Mais (old mixed) 68 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 8⅛. Kaffee (Rio-) 11. Schmalz (Marke Wilcox) 11⅞, do. Fairbanks 11¾, do. Rohe u. Brothers 11¾. Speck (short clear) 9¾ C. Getreidefracht 4¼.

Produkten-Börse.

Berlin, 16. November.

Weizen per 1000 Kilo loko 215—245 M. nach Qualität gefordert, fein gelb — M. ab Bahn bez., def. Poln. — M. ab Bahn Nov. 235—236½ bez., per November-Dezember 228—228½ bezahlt, per Dezember-Januar — M. bezahlt, per Januar-Februar — M. bezahlt, per Februar-März — Mark bezahlt, per Juni-Juli — Mark bezahlt, per April-Mai 224—224½ Mark bez., per Januar-Februar — bezahlt. Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis — Mark bez. — **Roggen** per 1000 Kilo loko 189—193 Mark nach Qualität gefordert, neu inländischer 189—192 ab Bahn bezahlt, hochfeiner 192½ M. ab Bahn bezahlt, klammer — M. ab Kahn bezahlt, alter do. — M. ab B. bez., russischer — Mark a. K. bezahlt, feiner — M. ab Bahn bezahlt, defekter — Mark ab Bahn bezahlt, per November 187 bis 188¾ bezahlt, per November-Dezember 181¼—184—183¾ bezahlt, per Dezember-Januar —,— bezahlt, per Januar-Februar —,— bez, per April-Mai 171½—173 bezahlt, per Mai-Juni 169½—170½ bezahlt, Gekündigt 1000 Zentner. Regulirungspreis 188 Mark. — **Gerste** per 1000 Kilo loko 150—200 M. nach Qualität gefordert. — **Hafer** per 1000 Kilo loko 148—173 M. nach Qualität gefordert, russischer 148 bis 151 bezahlt, ost- und westpreußischer 150—158 bezahlt, pommerscher und Mecklenburger 154—156 bezahlt, schlesischer 154—159 bez., böhmischer 154—159 bezahlt, fein weiß mecklenburgischer — ab B. bez., per November 149½ M., per November-Dezember 148 Mark, Dzmbr.-Januar — Br., per April-Mai 150—150½ bez., per Mai-Juni 151 bezahlt. Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis — Mark. — **Erbsen** per 1000 Kilo Kochwaare 181—215 M., Futterwaare 173 bis 180 M. — **Mais** per 1000 Kilo loko 149—155 nach Qualität gefordert, per November 148½ M., per November-Dezember 148 Mark, per April-Mai 140 Mark bezahlt, per Mai-Juni 138 M. Gekündigt —,— Ztnr. Regulirungspreis — bez. — **Weizenmehl** per 100 Kilogramm brutto 00: 32,50—31,00 Mark, 0: 30,00—29,00 M. 0/1: 29,00—28,00 Mark. — **Roggenmehl** inkl. Sack 0: 27,00 bis 26,00 Mark, 0/1: 25,50—24,50 Mark, per November 25,35—25,45 bezahlt, per November-Dezember 24,65—24,75 bezahlt, per Dezember-Januar 24,35—24,45 bez., per Januar-Februar 24,20—24,30 bezahlt, Februar-März 24,00—24,10 bez., April-Mai 23,45—23,60 bez., Mai-Juni 23,15—23,20 bez., Juni-Juli — bez. Gekündigt 500 Ztnr. Regulirungspreis 25,40 M. — **Oelsaat** 1000 Kilo Winterraps — M.. Winterrübsen — Mark. — **Rüböl** per 100 Kilo loko ohne Faß 55,5 M., mit Faß 55,8 M. bezahlt, per November 56,0 M. bezahlt, per Nvbember-Dezember 56,0 bez., per Dezember-Januar 56,2 bezahlt, per Januar-Februar — bezahlt, per Dezember — M. bez., per März-April — bezahlt, per April-Mai 57,0—57,2 bez., per Mai-Juni — M. Gekündigt 1000 Ztnr. Regulirungspreis 56,0 M. — **Leinöl** 100 Kilo loko — M. — **Petroleum** per 100 Kilo loko 24,8 M., Nov. 24,2 Mark bez., Nov.-Dzmbr. 24,2 Mark bez., per Dezember-Januar 24,3 Mark bez., Januar-Februar 24,8 Mark bez., per Februar-März — bezahlt, per April-Mai — Mark, per Mai-Juni — bezahlt. Gekündigt 1700 Ztnr. Regulirungspreis 24,3 Mark. — **Spiritus** 100 Liter loko ohne Faß 50,6 Mark bez., per November 52,1—52,8—52,7 bezahlt, per November-Dez. 50,6—51,2—51,1 bezahlt., per Dezember-Januar 50,6—51,2—51,1 bezahlt, Januar-Februar — M. bezahlt, per Februar-März — bez., per März-April — bezahlt, per April-Mai 52,2—52,6—52,5 bezahlt, per Mai-Juni 52,4—52,7 Mark bezahlt. Gekündigt 10,000 Liter. Regulirungspreis 52,4 Mark. (B. B.-Z.)

Bromberg, 16. November. [Bericht der Handelskammer.] **Weizen** unveränd., hochbunt und glasig 220—227 Mk., hellbunt 200—218 Mark. — **Roggen** fester, loko inländischer 175—179 Mark, geringere Qualität —,— Mark. — **Gerste** feine Brauwaare 152—160 Mark, große und kleine Müllergerste 145—152 Mark. — **Hafer** loko 150—160 M. — **Erbsen** Kochwaare 175—190 Mk. Futterwaare 165—175 Mark. — **Mais**, **Rübsen**, **Raps** ohne Handel. — **Spiritus** niedriger, pro 100 Liter à 100 Prozent 46,50—47,00 Mark. — Rubelkours 216,00 Mark.

Breslau, 16. November. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) **Roggen:** (per 2000 Pfd.) niedriger. Gekündigt —,— Centner. Abgelaufene Kündigungs-Scheine —,—, per November 177,00 bez. — per November-Dezember 172,00 Br., — per April-Mai 169,00 Br. —,— — **Weizen:** Gekündigt — Centner, per November 223 Br., —,— Gd. — **Petroleum** per 100 Kilogramm loko u. per November — Br., —,— Gd. — **Hafer** Gekündigt — Centner, per November 145 Br. Gd., per November-Dezember 141,00 Gd., per April-Mai 144,00 Gd. — **Raps** Gekündigt — Centner, per November 262 Br., —,— Gd. -- **Rüböl** unveränd. Gekündigt — Centner, loko 55 Br., per November 54,75 Br., —,— Gd., per November-Dezember 54,75 Br., —,— Br., per Dezember-Januar 55,25 Br., — Gd., per April-Mai 56,00 Br., —,— Gd. — **Spiritus** matter. Gekündigt —,— Liter. Abgelaufene Kündigungs-Scheine —,—, per November 48,50—48,60 bez., — per November-Dezember 48,60 Gd., — per Dezember-Januar 48,70 Gd., per Januar-Februar —,— Gd., per Februar-März —,— Br., per März-April —,—, per April-Mai 50,30—50—50,20 bez. u. Gd, per Mai-Juni 50,50 Gd., per Juni-Juli 51,50 Br. — Zink ohne Umsatz.

Die Börsen-Commission.

Berlin, 16. November. Im Anschlusse an die gestrige feste Stimmung eröffnete auch das heutige Geschäft in günstiger Tendenz, aber es fehlt der Spekulation gegenwärtig vollständig an Unternehmungslust und lediglich aus diesem Grunde konnte sich die feste Haltung nicht lange behaupten. Die Verhältnisse am Geldmarkt ziehen wieder etwas mehr die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich, wie dies ja auch mit der näherrückenden Ultimo-Liquidation ganz erklärlich ist. Die Diskonteure halten mit Abgaben zurück und man weist von dieser Seite darauf hin, daß die Bank etwa 100 Millionen Mark mehr in Umlauf hat, als zu der entsprechenden Zeit des Vorjahres, und daß dennoch das Geld an der Börse theurer und verhältnißmäßig knapp ist, indeß man läßt hierbei unberücksichtigt, daß diese der Bank entzogenen Summen von der Industrie, die unstreitig in diesem Jahre einen erfreulichen Aufschwung genommen hat, absorbirt sind. Die Diskonteure werden lernen müssen, mit diesem Faktor zu rechnen, und werden danach denn auch ihre fernere Taktik gestalten müssen. Das gegenwärtig von ihnen befolgte System, die Börse, beziehungsweise die Spekulation mit dem Schreckgespenst einer hereinbrechenden Geldknappheit fortdauernd in Angst zu erhalten, lähmt die Aktionsfähigkeit bis zu einem solchen Grade, daß selbst der höhere Zinsfuß, den sie augenblicklich wohl erzielen, ihnen nicht Entschädigung dafür bieten kann für die Beschränkung und Geringfügigkeit des Gesammtverkehrs. Am offenen Markte bedangen feine Banquierwechsel 4⅜ pCt., und für Ultimozwecke war Geld zu 5½ pCt. gefragt. Die Diskonthäuser gehen aber von der Meinung nicht ab, daß sie willkürlich auch den Zinssatz noch höher schrauben könnten. Einen wesentlichen Erfolg werden sie für sich damit jedoch nicht haben, selbst wenn die schließlichen Prolongationssätze sich noch prozentweise höher stellen sollten. Vom heutigen Verkehr ist wenig zu sagen. Der allgemeine Kursstand zeigte geringe Avancen, aber der Umfang des Geschäfts blieb auch durchweg auf das Aeußerste beschränkt und sind Einzelheiten nach keiner Richtung hin hervorzuheben. — Per ultimo notiren: Franzosen 558 bis 554, Lombarden 248 bis 246, Kreditaktien 626 bis 625 bis 627,50 bis 626,50, Wiener Bankverein 243 bis 243,50 bis 243, Darmstädter Bank 168,30 bis 167,40, Diskonto-Kommandit-Antheile 223,20 bis 222,40 bis 223 bis 222,25, Deutsche Bank 168,20 bis 167,90, Dortmunder Union 104,50 bis 104,10, Laurahütte 125,90 bis 125,60 bis 125,70. — Der Schluß war schwächer. — Diskonten 4⅜ Prozent.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 15. November 1881.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Preuß. Consol. Anl.	4½	105,60 bB
do. neue 1876	4	100,90 bB
Staats-Anleihe	4	100,60 bz
Staats-Schuldsch.	3½	99,00 bz
Od.-Deichb.-Obl.	4½	100,80 bz
Berl. Stadt-Obl.	4	100,20 bz
do. do.	3½	95,70 bz
Schldv. d. B. Kfm.	4½	
Pfandbriefe:		
Berliner	5	107,50 bz
do.	4½	103,50 G
Landsch. Central	4	100,25 bB
Kur- u. Neumärk.	3½	95,25 bz
do neue	3½	90,60 B
do.	4	100,40 bz
do. neue	4½	
N. Brandbg. Kred.	4	
Ostpreußische	3½	90,50 G
do.	4	100,00 B
do.	4	
Westpr. rittersch.	3½	90,20 B
do.	4	100,00 bz
do. I. B.	4	99,60 bzG
do. II. Serie	4½	102,80 G
Neuldsch. II. Serie	4	99,75 B
do. do.	4½	103,10 bG
Posensche, neue	4	100,10 B
Sächsische	4	100,10 bz
Pommersche	3½	90,10 B
do.	4	100,75 bB
do.	4½	101,20 bz
Schlesische altl.	3½	
do. alte A.	4	
do. neue I.	4	
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	100,50 bz
Pommersche	4	100,10 G
Posensche	4	100,20 B
Preußische	4	100,10 B
Rhein- u. Westfäl.	4	100,50 bz
Sächsische	4	100,40 G
Schlesische	4	101,00 B

20-Frankstück		
do. 500 Gr.		
Dollars		4,25 G
Imperials		16,68 G
do. 500 Gr.		
Engl. Banknoten		20,39 bz
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		81,10 bzB
Oesterr. Banknot.		172,45 bz
do. Silbergulden		
Russ. Noten 100 Rbl		217,40 bz

Deutsche Fonds.

Dtsch. Reichs-Anl.	4	101,10 bz
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	144,50 bz
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	312,25 bG
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	134,00 G
do. 35 fl. Oblig.	—	
Bair. Präm.-Anl.	4	135,25 bz
Braunsch. 20 thl.-L.	—	101,40 bz
Brem. Anl. v. 1874	4	100,50 G
Cöln-Md-Pr.-Anl.	3½	130,50 bz
Dess. St.-Pr.-Anl.	3½	126,00 G
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	121,00 G
do. II Abth.	5	118,90 bz
Hamb. 50-Thlr.-L.	3	191,00 B
Lübecker Pr.-Anl.	3½	181,00 B
Meckl. Eisenbhanl.	3½	94,25 bz
Meininger Loose	—	27,50 B
do. Pr.-Pfdbr.	4	120,60 bz
Oldenburger Loose	3	150,40 bz
D.-G.-C.-B-Pf. 110	4½	108,50 B
do. do.	5	104,10 G
Dtsch. Hypoth. unk.	4½	103,50 G
do. do.	4½	102,00 bz
Mein. Hyp.-Pf.	5	101,50 B
Nrdd. Grdkr.-H.-A.	5	100,00 B
Pomm Hyp.-Pfdbr.		
Pomm. H.-B. I. 120	5	106,60 bz
do. II. IV. 110	5	104,00 bz
Pomm. III. rkz. 100	5	99,90 bz
Pr. C.-B.-H.-Br. rz.		
do. do. 110	5	110,00 G
do. do. 115	4½	106,70 bz
Pr. C.-B.-Pfdbr. 100	5	105,25 B
do. do. rückz. 100	4½	103,00 G
do (1872 u. 74)	4	
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	106,00 G
do. II. rkz. 100	5	100,10 G
Schles. Bod.-Cred.	5	103,10 G
do. do.	4½	105,60 bz
Stettiner Nat.-Hyp.	5	100,40 bz
do. do.	4½	103,10 bG
Kruppsche Obligat.	5	109,75 G

Ausländische Fonds.

Amerik. gek. 1881	6	
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.-Anl.	6	
Oesterr. Goldrente	4	80,90 bzG
do. Pap.-Rente	4½	66,20 bz
do. Silber-Rente	4½	66,75 bz
do. 250 fl. 1854	4	
do. Cr. 100 fl. 1858	—	347,00 bzG
do. Lott.-A. v. 1860	5	123,30 bG
do. do. v. 1864	—	336,75 B
Ungar. Goldrente	6	102,60 bG
do. St.-Eisb.-Akt.	5	74,90 bz
do. Loose	—	237,00 bzB
Italienische Rente	5	88,25 bz
do. Tab.-Oblg.	6	
Rumänier	8	
Finnische Loose	—	51,10 G
Russ. Centr.-Bod.	5	
do. Boden-Credit	5	85,90 bz
do Engl. A. 1822	5	
do. do. A. v. 1862	5	
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. cons. A. 1871	5	90,00 bz
do. do. 1872	5	90,00 bz
do. do. 1875	4½	81,80 bz
do. do. 1877	5	
do. do. 1880	4	74,40 bz
do. Pr.-A. v. 1864	5	149,80 bz
do. do. v. 1866	5	145,80 bG
do. 5. A. Stiegl.	5	
do. 6. do. do.	5	86,60 G
do. Pol. Sch.-Obl.	4	84,00 B
do. do. kleine	4	
Poln. Pfandbr.	5	65,30 bzG
do. do.	5	
do. Liquidat.	4	56,75 bz
Türk. Anl. v. 1865	—	13,90 bz
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	

***) Wechsel-Course.**

Amsterd. 100 fl. 8 T.	
do. 100 fl. 2 M.	
London 1 Lstr. 8 T.	
do. do. 3 M.	
Paris 100 Fr. 8 T.	
Blg. Bkpl. 100 F. 8 T.	
do. do. 100 F. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 T.	172,35 bz
Wien. öst. Währ. 2 M.	171,30 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	216,50 bz
do. 100 R. 3 M.	213,10 bz
Warschau 100 R 8 T.	217,10 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 5½, für Lombard 6½ pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 4, Bremen —, Brüssel 4, Frankfurt a. M. 4½, Hamburg —, Leipzig —, London 5, Paris 5, Petersburg 6, Wien 4 pCt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	114,50 G
Bk. f. Rheinl. u. Westf	4	40,00 bz
Bk. f. Sprit- u. Pr.-H.	4	64,25 bzG
Berl. Handels-Ges.	4	124,25 bzG
do. Kassen-Verein.	4	201,00 G
Breslauer Disk.-Bk.	4	100,60 bz
Centralbk. f. B.	4	
Centralbk. f. J. u. H.		
Coburger Credit-B.	4	90,25 G
Cöln. Wechslerbank	4	96,60 G
Danziger Privatb.	4	109,60 G
Darmstädter Bank	4	167,10 bz
do. Zettelbank	4	110,00 G
Dessauer Creditb.	4	97,25 G
do. Landesbank	4	120,75 bzG
Deutsche Bank	4	167,50 bz
do. Genossensch.	4	133,50 G
do. Hyp.-Bank.	4	91,00 bzB
do. Reichsbank.	4½	151,75 bz
Disconto-Comm.	4	222,50 bz
Geraer Bank	4	93,90 bzB
do. Handelsb.	4	94,75 G
Gothaer Privatbk.	4	115,00 G
do. Grundkredb.	4	98,60 G
Hypothek (Hübner)	4	
Königsb. Vereinsb.	4	98,25 G
Leipziger Creditb.	4	161,10 bzG
do. Discontob.	4	118,25 G
Magdeb. Privatb.	4	116,25 bz
Meckl. Bodencred.	4	61,00 B
do. Hypoth.-B.	fr.	97,00 B
Meining. Creditbk.	4	101,75 bzG
do. Hypothekenbk.	4	94,00 B
Niederlausitzer Bank	4	97,00 bzG
Norddeutsche Bank	4	186,60 bzG
Nordd. Grundkredit	4	49,10 G
Oesterr. Kredit	4	
Petersb. Intern. Bk.	4	103,50 G
Posen. Landwirthsch	4	78,00 bz
Posener Prov.-Bank	[illegible]	[illegible]7,50 G
Posener Spritaktien	4	53,75 G
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	111,60 bz
do. Centralbdn.	4	123,00 bzG
do. Hyp.-Spielh.	4	96,50 bz
Produkt.-Handelsbk	4	76,50 bzG
Sächsische Bank	4	125,50 G
Schaaffhaus. Bankv.	4	92,50 bzG
Schles. Bankverein	4	112,30 G
Südd. Bodenkredit	4	142,80 G

Industrie-Aktien.

Brauerei Patzenhof.	4	197,00 B
Dannenb. Kattun.	4	
Deutsche Baugesf.	4	59,50 G
Dtsch. Eisenb.-Bau	4	
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	61,00 G
Dortmunder Union	4	16,00 G
Egells Masch.-Akt.	4	26,40 bz
Erdmannsd. Spinn.	4	31,00 G
Flora f. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Näh.	4	78,25 bz
Gelsenkirch.-Bergw.	4	135,10 bzB
Georg-Marienhütte	4	94,00 B
Hibernia u. Shamr.	4	96,10 bz
Immobilien (Berl.)	4	83,00 B
Kramsta, Leinen-F.	4	95,75 B
Lauchhammer	4	27,60 G
Laurahütte	4	125,90 bz
Luise Tiefb.-Bergw.	4	50,00 bzG
Magdeburg. Bergw.	4	122,90 B
Marienhüt. Bergw.	4	56,75 bz
Menden u. Schw. B.	4	71,10 G
Oberschl. Eis.-Bed.	4	43,70 bzG
Ostend	4	
Phönix B.-A. Lit. A	4	86,75 bzG
Phönix B.-A. Lit. B.	4	43,80 bz
Redenhütte conf.	4	103,00 B
Rhein.-Nass. Bergw.	4	75,00 bzG
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	25,00 bzB
Unter den Linden	4	8,90 bz
Wöhlert Maschinen	4	17,50 bz

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	46,40 bz
Altona-Kiel	4	188,25 bzG
Bergisch-Märkische	4	122,90 bz
Berlin-Anhalt	4	135,75 bz
Berlin-Dresden	4	17,50 G
Berlin-Görlitz	4	30,75 bzG
Berlin-Hamburg	4	291,75 G
Bresl.-Schw.-Frbg	4	99,00 bzB
Hall.-Sorau-Guben	4	18,60 bzG
Märkisch-Posener	4	33,40 bz
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Nordhausen-Erfurt	4	27,25 bz
Oberschl. Lit. A u. C.	3½	245,25 bz
do. Lit. B.	3½	193,80 G
Ostpreuß. Südbahn	4	63,00 bzG
Rechte Oderuferb.	4	165,25 bz
Rhein-Nahebahn	4	14,75 bz
Stargard-Posen	4½	102,90 G
Thüringische	4	214,40 bzG
do. Lit. B. v. St. gar.	4	100,20 B
do. Lit. C. v. St. gar.	4½	110,90 B
Ludwigsh.-Bexbach	4	205,80 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	97,50 bz
Weimar-Geraer	4½	52,20 B

Albrechtsbahn	5	36,50 bz
Amsterd.-Rotterd.	4	140,30 bz
Aussig-Teplitz	4	235,00 bz
Böhm. Westbahn	5	133,60 bzG
Brest-Grajewo	5	
Dux-Bodenbach	4	141,10 bz
Elisabeth-Westbahn	5	93,25 bzG
Kais. Franz Joseph	5	83,25 G
Gal. (Karl Ludwig.)	5	133,00 bzG
Gotthard-Bahn 90%	6	74,50 bz
Kaschau-Oderberg	4	63,40 bzG
Lüttich-Limburg	4	12,60 bz
Oestr.-frz. Staatsb.	4	
do. Nordw.-B.	5	387,00 B
do. Litt. B. Elb.	4	
Reichenb.-Pardubitz	4½	70,90 bz
Kronpr. Rud.-Bahn	5	72,20 bzG
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	3½	61,50 G
do. Certifikate	4	
Russ. Staatsbahn	5	136,75 bz
do. Südwestbahn	5	66,20 bz
Schweizer Unionb.	4	46,00 bz
Schweizer Westbahn	4	33,25 bzG
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	126,25 bzG
Warschau-Wien	4	250,50 G

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Berlin-Dresden	5	45,50 bzG
Berlin-Görlitzer	5	95,70 bzG
Halle-Sorau-Gub.	5	80,80 bzG
Märkisch-Posen	5	115,10 bzG
Marienb.-Mlawka	5	104,40 bzG
Münster-Enschede	5	22,10 bz
Nordhausen-Erfurt	5	97,20 bzG
Oberlausitzer	5	47,80 bzG
Oels-Gnesen	5	49,25 bzG
Ostpreuß. Südbahn	5	95,25 bzG
Posen-Creuzburg	5	69,10 bzG
Rechte Oderuf. Bahn	5	161,30 bzG
Rumänische	5	
Saalbahn	5	70,10 bzG
Saal-Unstrutbahn	3	
Tilsit-Insterburg	5	77,10 G
Weimar-Geraer	5	34,90 bzG

Staatsbahn-Aktien.

Brl.-Potsd.-Magd.	4	
Berlin-Stettin	4½	116,25 G
Cöln-Minden	6	
Magd.-Halberstadt	3½	87,90 bzG
Mgd.-Halbst. B. abg.	3½	
do. B. unabg.	3½	88,00 bzG
do. C. do. abg.	5	125,25 bzG
Münster-Hamm	4	
Niederschl.-Märk.	4	100,25 B
Rhein. St.A. abg.	6½	162,40 bz
do. neue 4proc.	5	159,00 bzB
do. Lit. B. gar.	4	100,30 G

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4½	99,90 G
do. do. II.	5	99,90 G
do. do. III.	5	100,00 G
Berg.-Märkische I.	4½	102,30 bzG
do. II.	4½	102,30 bzG
do. III. v. St. g.	3½	93,30 bzG
do. do. Litt. B.	3½	93,30 bzG
do. do. Litt. C.	3½	93,00 G
do. IV.	4½	102,25 G
do. V.	4½	102,50 bz
do VI.	4½	103,50 B
do. VII	4½	102,70 B
Aachen-Düsseldf. I	4	
do. do. II.	4	
do. do. III	4½	
do. Düss.-Elb.-Pr	4	
do. do. II	4½	
do. Dortm.-Soest	4	99,25 G
do. do. II.	4½	
do. Nordb. Fr. W.	4½	102,50 bzB
do. Ruhr.-K.-G. I.	4½	
do. do. II.	4½	
do. do. III	4½	
Berlin-Anhalt A.	4½	
do. B.	4½	
do. Litt. C.	4½	102,50 G
Berlin-Görlitz	4½	102,10 G
do. do. Litt. B.	4½	102,10 bz
Berlin-Hamburg I.	4	100,50 B
do. do. II.	4	100,50 B
do. do. III.	4½	103,40 bz
Brl.-Ptsd.-M. A. B.	4	100,30 bzG
do. do. C.	4	100,30 bzG
do. do. D.	4½	103,25 bzG
do. do. E.	4½	
Berlin-Stettin I.	4½	
do. do. II.	4	100,50 G
do. do. III.	4	100,50 G
do. IV. v. St. g.	4	
do. VI. do.	4	
do. VII.	4½	
Bresl.-Schw.-Freib.	4½	
do. do. Litt. G.	4½	
do. do. Litt. H.	4½	
do. do. Litt. I.	4½	
do. do. 1876	5	105,80 bzB
Cöln-Minden IV.	4	100,40 B
do. do. V.	4	100,40 B
do. do. VI.	4½	103,60 bzG
Halle-Sorau-Guben	4½	103,75 G
do. do. C.	4½	103,75 G
Hannov.-Altenbk. I.	4½	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Märkisch-Posener	4½	
Mainz-Ludwigsh.	4½	102,90 B
do. do.	5	102,90 B
Magd.-Halberstadt	4½	
do. do. de 1861	4½	102,60 G
do. do. de 1873	4½	102,60 G
do. Leipz. A.	4½	104,90 G
do. do. B.	4	100,50 G
do. Wittenberge	4½	
do. do.	3	
Niederschl.-Märk. I.	4	99,90 G
do. II. a 62½ thlr.	4	99,50 G
do. Obl. I. u. II.	4	100,00 G
do. do. III conv.	4	100,25 B
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	99,70 G
do. D.	4	99,70 G
do. E.	3½	
do. F.	4½	
do. G.	4½	103,00 G
do. H.	4½	103,50 G
Oberschles. v. 1869	4½	
do. v. 1873	4	99,70 G
do. v. 1874	4½	104,00 G
Brieg-Neisse	4½	102,00 bzB
do. Cos.-Oderb.	4	
do. do.	5	
do. Nied.-Zwgb.	3½	
do. Starg.-Pos.	4	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Ostpreuß. Südbahn	4½	
do. Litt. B.	4½	
do. Litt. C.	4½	
Rechte-Oder-Ufer	4½	103,00 B
Rheinische	4	
do. v. St. gar.	3½	
do. v. 1858, 60	4½	102,80 G
do. v. 1862, 64	4½	102,80 G
do. v. 1865	4½	102,80 G
do. 1869, 71, 73	4½	102,70 bzG
do. v. 1874, 77	4½	
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	103,50 G
do. II. do.	4½	103,50 G
Schleswiger	4½	
Thüringer I.	4	
do. II.	4½	
do. III.	4	
do. IV.	4½	
do. V.	4½	
do. VI.	4½	

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	87,00 bzB
Gal. Karl-Ludwig I.	5	93,50 bzG
do. do. II.	5	93,50 bzG
do. do. III.	5	93,50 bzG
do. do. IV.	5	93,50 bzG
Lemberg-Czernow. I	5	80,60 bz
do. II.	5	85,90 G
do. III.	5	81,50 bzG
do. IV.	5	81,25 bz
Mähr.-Schl. C.-B.	fr.	46,90 bzG
Oesterr.-Frz.-Stsb.	3	376,10 bzG
do. Ergänzsb.	3	360,75 G
Oesterr.-Frz.-Stsb.	5	104,30 bzG
do. II. Em.	5	104,30 bzG
Oesterr. Nordwest.	5	88,25 B
Oest. Nrdwstb. Lit. B	5	87,50 bzG
do. Geld-Priorit.	5	
Kaschau-Oderb. gar.	5	81,75 bzG
Kronpr. Rud.-Bahn	5	84,10 bzG
do. do. 1869	5	83,80 bzG
do. do. 1872	5	83,80 bzG
Rab-Graz Pr.-A.	4	94,60 B
Reichenb.-Pardubitz	5	84,70 G
Südösterr. (Lomb.)	3	280,50 bzG
do. do. neue	3	280,75 G
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	99,90 bzG
Brest-Grajewo	5	92,25 bzG
Charkow-Asow g.	5	96,75 bz
do. in Lstr. a 20	5	92,70 B
Chark.-Krementsch.	5	96,00 bz
Jelez-Orel, gar.	5	95,90 bz
Koslow-Woron. gar	5	98,40 bz
Koslow-Woron. Ob.	5	86,90 bz
Kursk-Chark. gar.	5	95,75 bz
K.-Chark-As. (Obl.)	5	86,60 bz
Kursk-Kiew, gar.	5	100,25 B
Losowo-Sewast.	5	83,75 B
Mosko-Rjäsan, g.	5	102,40 bz
Mosk.-Smolensk, g.	5	97,20 G
Schuja-Iwanow.	5	95,40 bz
Warsch.-Teresp., g.	5	97,60 bz
do. kleine, g.	5	97,75 G
Warschau-Wien II.	5	103,00 G
do. III.	5	
do. IV.	5	102,25 bz
Zarskoe-Selo	5	72,25 bz

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. [E. Röstel] in Posen.